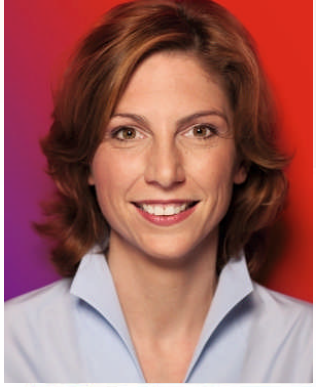

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Wahlkampfendspurt hat begonnen... auf Europa-, aber auch auf kommunaler Ebene! Das gestrige TV Duell zwischen Martin Schulz und Jean-Claude Juncker hat einen eindeutigen Sieger gehabt: Martin Schulz! Seht dazu auch das beigefügte Flugblatt!
Nun heißt es alle Kräfte mobilisieren, damit Martin Schulz und die Genossinnen und Genossen ein hervorragendes Ergebnis für die europäische Sozialdemokratie einfahren.
Ein hervorragendes Ergebnis wollen wir auch auf kommunaler Ebene in den Kreistagen, Stadt-, Verbands-gemeinde- und Ortsgemeinderäten! Unterstützung kommt in diesen Tagen auch aus Mainz. So ist am Samstag Malu Dreyer zu Gast in Wissen- es wäre toll, wenn das Pfarrheim aus allen Nähten platzt... Natürlich ist es auch toll, wenn alle anderen Veranstaltungen gut besucht sind- das motiviert alle Kandidatinnen und Kandidaten nochmal für die letzten Meter! Also: auf geht's! Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Europawahl – Steuergerechtigkeit oder Steuerdumping!

Am 25. Mai können die Wählerinnen und Wähler in Europa zum ersten Mal direkt bestimmten, wer der nächste Kommissionspräsident werden soll. Auch wenn die Unionsparteien ihren Spitzenkandidaten bisher eher verbergen, so haben die Bürgerinnen und Bürger eine klare Alternative: Martin Schulz oder Jean-Claude Juncker – Steuergerechtigkeit oder Steuerdumping.
Ein Bild beider Kandidaten können sich Zuschauer am 8. Mai um 20.15 Uhr bei dem ersten TV-Duell zwischen beiden Kontrahenten machen. CDU und CSU scheinen ihren Spitzenkandidaten bei der Europawahl zu verbergen. Der 2013 abgewählte Ministerpräsident von Luxemburg Juncker taucht auf den bundesweiten Wahlplakaten bislang nicht auf. Stattdessen wird die Bevölkerung an der Nase herumgeführt und Angela Merkel plakatiert, die am 25. Mai überhaupt nicht zur Wahl steht. Sollte nach der Wahl versucht werden, durch Klüngeleien in Hinterzimmern einen unbekannten Dritten zum Kommissionspräsidenten zu küren, würden die europäische Demokratie und die Parlamentswahlen nachhaltig beschädigt.
Für unsere Bundestagsfraktion ist klar: Der nächste Kommissionspräsident muss für eine der europäischen Parteienfamilien bei der Europawahl kandidiert haben. Dies haben auch die Fraktionsvorsitzenden von Liberalen, Christdemokraten und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament in einer gemeinsamen Erklärung deutlich gemacht. Möglicherweise steckt hinter der Heimlichtuerei die Sorge, dass die Unterschiede zwischen Schulz und Juncker deutlich werden. 20 Jahre lang hat Juncker Politik für Banken und Steuerdumping zum Geschäftsmodell seines Landes gemacht - dafür steht der Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei. Martin Schulz hingegen arbeitet seit 20 Jahren als Parlamentarier für mehr Transparenz und Offenheit. Als nächster Kommissionspräsident wird er den Kampf gegen Steuerbetrug und Steueroasen ganz oben auf seine Agenda setzen. Es muss das Grundprinzip gelten: Das Land des Gewinns ist auch das Land der Steuer.
Dies macht deutlich: Am 25. Mai geht es um eine Richtungsentscheidung für Europa: Schulz oder Juncker – Steuergerechtigkeit oder Steuerdumping.

Medien

Pressefreiheit – Dazu gibt es keine Alternative!

Weltweit wurde die Pressefreiheit in den letzten Jahren eingeschränkt. Dies stellte die Organisation „Freedom House“ anlässlich des Internationalen Tags der Pressefreiheit am 3. Mai fest.
Aus Sicht unserer Bundestagsfraktion ist diese Entwicklung sehr beunruhigend. Meinungs- und Pressefreiheit sind das Fundament einer demokratischen Gesellschaftsordnung und wesentliche Voraussetzung für alle anderen Menschenrechte. Kritische Journalisten, Medienleute und Online-Aktivisten brauchen unsere Unterstützung. Sie stehen für eine lebendige Zivilgesellschaft, ohne die keine Demokratie entstehen und überleben kann.
Genau hier liegt die Ursache für die Einschränkung des Rechts auf Pressefreiheit in der jüngeren Vergangenheit: In Berichten über Protestbewegungen wie in der Ukraine, in Russland, Ägypten, der Türkei, in Uganda, Sri Lanka oder Venezuela sehen viele Regierungen eine unmittelbare Bedrohung ihrer politischen Macht.
Autoritäre Regime haben insbesondere sozialen Medien den Kampf angesagt. Jüngstes Beispiel ist Russland, das zur Kontrolle des Internets ein weiteres Gesetz vorbereitet, das auf Server und Domänen zielt. Bereits über das Anfang des Jahres verabschiedete Anti-Extremismusgesetz wurden viele Websites blockiert.
Außerdem sollen künftig alle Blogger als Medien registriert werden, deren Seiten mehr als 3.000 Mal täglich besucht werden. Blogger wie Medien zu behandeln ist ein weiterer Angriff auf die Meinungsfreiheit in Russland.
Unser Respekt gilt Pawel Durow, der Russland vor ein paar Tagen aus Sorge um seine Sicherheit verlassen hat. Der Gründer des sozialen Netzwerks Vkontakte hatte sich geweigert, Namen und Adressen russischer und ukrainischer Regimegegner preiszugeben.
Laut „Reporter ohne Grenzen“ wurden 2014 bereits 16 Journalisten und neun Online-Aktivisten getötet, 330 sind inhaftiert.
Diese Zahlen sind ein Skandal. Pressefreiheit ist völkerrechtlich in zahlreichen regionalen Konventionen und nationalen Verfassungen verankert.
Die Staaten sind daher verpflichtet, sich daran zu halten.

Wirtschaft

Rüstungsexport – Wir wollen mehr Transparenz!

Die Große Koalition stellt ab sofort mehr Transparenz bei Entscheidungen des Bundessicherheitsrates (BSR) her. Bisher galt: Die Entscheidungen des BSR wurden im Rahmen des jährlichen Rüstungsexportberichtes mitgeteilt. Dieser allerdings wurde in der Regel erst ein Jahr nach dem Berichtszeitraum veröffentlicht.

Das haben die Bundestagsfraktionen von SPD und CDU/CSU zum Anlass genommen, die Bundesregierung in einem Bundestagsantrag aufzufordern, ab sofort, die Entscheidungen des BSR innerhalb von zwei Wochen dem Deutschen Bundestag mitzuteilen. Das bedeutet ein hohes Maß an Transparenz. Denn gerade bei umstrittenen Rüstungsexportentscheidungen ist es angezeigt, dass das Parlament schnell von der Bundesregierung informiert wird. Das wird auch in einem aktuellen Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht diskutiert – der Abschluss der Verhandlungen darüber wird für den Sommer beziehungsweise Frühherbst erwartet.

Wir gehen allerdings noch einen Schritt weiter: In Zukunft wird wesentlich früher der Rüstungsexportbericht zur Verfügung gestellt. Dieser soll künftig noch vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause des Folgejahres veröffentlicht werden.

Zusätzlich wird es einen Zwischenbericht zum Rüstungsexportbericht geben, der im Herbst jeden Jahres veröffentlicht werden soll.

Die Große Koalition bekräftigt angesichts der Einführung dieser Transparenzmaßnahmen, sich streng an die geltenden Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung, das Außenwirtschaftsgesetz, die Außenwirtschaftsverordnung, das Kriegswaffenkontrollgesetz und den 2008 beschlossenen Gemeinsamen Standpunkt der EU zu halten. Dementsprechend wird eine restriktive Genehmigungspraxis angewandt werden. Mit uns gibt es keine Rüstungsexporte in Spannungsgebiete und Diktaturen.

Bauen und Stadtentwicklung

Städtebauförderung – Eins unserer Projekte wird umgesetzt!

Die Erhöhung der Städtebaufördermittel des Bundes auf 700 Millionen Euro im Etatentwurf für 2014 wurde jetzt im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit einstimmig begrüßt.

Der Bund gibt damit den Städten und Gemeinden die dringend notwendige Unterstützung. Dem gemeinsamen Antrag von SPD und CDU/CSU stimmte auch die Opposition zu. Dies ist ein deutliches Signal an die Kommunen, für das sich unsere Bundestagsfraktion in den vergangenen Jahren stark eingesetzt hatte. Damit wird ein zentrales Projekt von uns aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.

Der Bund gibt Städten und Gemeinden die dringend notwendige Unterstützung bei der Bewältigung der großen gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben, insbesondere beim demografischen, sozialen und ökonomischen Wandel sowie beim Klimaschutz.

Es besteht erheblicher Nachholbedarf, da die vergangenen Bundeshaushalte mit lediglich 455 Millionen Euro weit hinter dem eigentlichen Bedarf zurücklagen. Die im Etatentwurf vorgesehene Ausstattung des Programmes Soziale Stadt mit 150 Millionen Euro sichert städtebauliche Investitionen in den Quartieren, die besondere soziale Integrationsleistungen erbringen müssen. Der altersgerechte Umbau von Wohnungen soll bereits im Haushalt 2014 wieder mit Zuschüssen gefördert werden. Dafür sprach sich der Bauausschuss auf Antrag der Koalition aus. Damit soll ermöglicht werden, dass ältere Menschen möglichst lange in ihren Wohnungen und ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben können. Außerdem wurde beschlossen, dass die Förderung von Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten gesichert werden muss.

Sport

Sportförderung – Unsere Handschrift ist erkennbar!

Der Sportausschuss des Bundestages hat jetzt die Sportförderung des Bundes beraten. Die Sportförderung wird weiter ausgebaut, es gibt insgesamt 2,7 Mio. Euro mehr für die Förderung des Spitzensports. Das ist eine gute Nachricht für den Sport in Deutschland. Die Sportförderung im Haushaltsentwurf 2014 des Einzelplans 06 (BMI) soll insgesamt 139,5 Mio. Euro umfassen und stellt damit 2,7 Mio. Euro mehr zur Verfügung als es im ersten Regierungsentwurf 2013 noch geplant war.

Die größte Bewegung gibt es im Titel der zentralen Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports: Dort stehen mit 99,76 Mio. Euro im Vergleich zum ersten Entwurf 6 Mio. Euro mehr für die Förderung zur Verfügung.

Das bedeutet z. B. mehr Mittel für die Olympiavorbereitung inklusive der Förderung des deutschen Olympia-Teams (3,4 Mio. Euro), mehr Geld für die Olympiastützpunkte und Bundesleistungszentren (550 Tausend Euro) und mehr Unterstützung für den Behindertensport (1 Mio. Euro). Darüber hinaus gibt es im Titel Projektförderung für Sporteinrichtungen einen Aufwuchs von 1 Mio. Euro für die Unterstützung des Instituts für angewandte Trainingswissenschaften (IAT) und des Instituts für Forschung und Entwicklung von Sportgeräten (FES).

Schließlich wird mit zusätzlichen 1 Mio. Euro die Nationale Anti Doping Agentur (NADA) in ihrem dringend notwendigen Kampf gegen Doping unterstützt. Damit zeigt der Sporthaushalt 2014 eine sozialdemokratische Handschrift und ist Teil des Paketes der Bundesregierung für mehr öffentliche Investitionen für die Zukunft.

Ein Wermutstropfen ist die Kürzung der Mittel für die erfolgreichen Jugendwettbewerbe „Jugend trainiert für Olympia“ und „Jugend trainiert für Paralympics“.

Die Finalwettkämpfe der Schulen, die auch in Berlin starten, bieten stets gute Möglichkeiten, junge Talente für Olympia und die Paralympics zu entdecken.

Die Finanzierung der Wettbewerbe für 2014 ist unabhängig vom Bundeshaushalt gesichert und wir machen uns dafür stark, dass die Förderung für künftige Bundeswettbewerbe solide erfolgen wird.

Ein Runder Tisch mit Mitgliedern der Bundesregierung, der Länder, des organisierten Sports sowie des Sportausschusses wäre eine gute Gelegenheit, ein Konzept für die künftige Gestaltung und Finanzierung der Wettbewerbe zu erarbeiten. Wir werden uns für die Förderung der Wettbewerbe einsetzen.

Bonbon

„Ein Unternehmer, der es nicht schafft seinen Mitarbeitern mindestens 8,50 € in der Stunde zu zahlen, der soll keine Firma aufmachen, sondern einen Bettelorden.“

(Matthias Jena, DGB Bayern)

Termine

10.05.14	**16.00 Uhr**	**VA Mit Malu Dreyer, Kath. Jugendheim Wissen**
12.05.14	*17.00 Uhr*	*VA „Zukunft der Gesellschaft und Pflege“, St. Antonius KH Wissen*
	19.00 Uhr	*SPD Hamm, Alte Vogtei*
14.05.14	*19.00 Uhr*	*Empfang der Wirtschaft, Alsdorf*
15.05.14	**19.00 Uhr**	**„Kirchen 2020“, Jägerheim Kirchen**
16.05.14	**18.30 Uhr**	**VA Norbert Neuser, Kulturhaus Hamm**

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**